

---

**Klaus Birk**

## **Zivilgesellschaft in China? Zur Frage der Autonomie und politischen Partizipation gesellschaftlicher Gruppen**

### **1. Habermas und die Debatte über eine Zivilgesellschaft in China**

Seit knapp zehn Jahren wird in der westlichen Sinologie intensiv darüber diskutiert, ob in China eine Zivilgesellschaft entsteht, von der eine Demokratisierung des Landes zu erwarten ist. Ausgelöst wurde die Debatte durch die unterschiedlichen Entwicklungen in China und den sozialistischen Ländern des Ostblocks Ende der achtziger Jahre. Besonders amerikanische Wissenschaftler benutzten die 1989 erschienene englische Übersetzung der Habilitationsschrift von Jürgen Habermas „Strukturwandel der Öffentlichkeit: Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft“ als theoretisches Rüstzeug, um zu erklären, warum in Osteuropa ein Übergang zu demokratischen Strukturen erfolgte, während in China die wirtschaftlichen nicht von politischen Reformen begleitet wurden.

Habermas beschreibt, wie in der Frühphase des Kapitalismus die bürgerliche Gesellschaft entstand und wie sie zum Motor der Demokratisierung des Staates wurde. Durch die neuen Wirtschaftsformen wie große Manufakturen, die die alten Dimensionen der Wirtschaft in Form der Handwerkerfamilie sprengten, erhielt die ökonomische Tätigkeit, die bisher zum Bereich des rein Privaten zählte, eine soziale Dimension. Durch neue Handelsströme schrumpfte die Eigenversorgung, und die Abhängigkeit von nationalen und internationalen Märkten stieg. Deshalb erließ der Staat immer mehr Regeln für den Handel, und es kam zu einer Sphäre, um die die neue Bourgeoisie mit dem Staat konkurrierte. Habermas meint nun, daß das Besondere und Neue an der Verhandlung um diese öffentliche Sphäre die Forderung von Seiten der bürgerlichen Klasse sei, daß diese Sphäre dem öffentlichen Raisonement unterliegen müsse, das heißt, daß die Regeln, die hier gelten sollen, vernünftig, nachvollziehbar und allgemein gültig sein müssen. Herrschaft sollte den Maßstäben der Vernunft und den Formen des „Gesetzes“ unterworfen werden. Diese geforderte Vernunft und Argumentation wurde in unpolitischer Form zunächst in kulturellen Zirkeln eingeübt. „Die politische Öffentlichkeit geht aus der literarischen hervor; sie vermittelt durch öffentliche Meinung den Staat mit

Bedürfnissen der Gesellschaft.<sup>1</sup> Es bildeten sich in Europa also verschiedene, nach innen demokratisch aufgebaute Vereine und Zusammenschlüsse, die später mit politischen Forderungen an den Staat herantraten und schließlich forderten, daß der Staat nach denselben Regeln wie diese Vereine funktioniere. Im Vorwort zur Neuauflage von 1990 schreibt Habermas über das Vereinswesen der deutschen Spätaufklärung: „Die Aufklärungsgesellschaften, Bildungsvereinigungen, freimaurerische Geheimbünde und Illuminatorenorden waren Assoziationen, die sich durch die freien, d.h. privaten Entscheidungen ihrer Gründungsmitglieder konstituierten, aus freiwilligen Mitgliedern rekrutierten und im Inneren egalitäre Verkehrsformen, Diskussionsfreiheit, Majoritätsentscheidungen usw. praktizierten. In diesen gewiß noch bürgerlich exklusiv zusammengesetzten Sozietäten konnten die politischen Gleichheitsnormen einer künftigen Gesellschaft eingeübt werden.“<sup>2</sup>

In den neueren Debatten wird selten von der bürgerlichen Gesellschaft, sondern in allgemeinen von der Zivilgesellschaft gesprochen, die laut Habermas gerade die Sphäre der über den Markt gesteuerten Ökonomie nicht mehr einschließt. „Den institutionellen Kern der ‘Zivilgesellschaft’ bilden jedenfalls nicht-staatliche und nicht-ökonomische Zusammenschlüsse auf freiwilliger Basis, die, um nur unsystematisch einige Beispiele zu nennen, von Kirehen, kulturellen Vereinigungen und Akademien über unabhängige Medien, Sport- und Freizeitvereine, Debattierclubs, Bürgerforen und Bürgerinitiativen bis zu Berufsverbänden, politischen Parteien, Gewerkschaften und alternativen Einrichtungen reichen.“<sup>3</sup> In Osteuropa wurde der Begriff Zivilgesellschaft in den achtziger Jahren aufgegriffen, um zum Ausdruck zu bringen, daß die politische Reform eines leninistischen Systems die Entstehung autonomer Vereine als soziale Basis für Pluralismus und für die Trennung von Staat und Gesellschaft erforderte.<sup>4</sup> Besonders das Beispiel der Solidarnosc in Polen zeigte, daß solche Organisationen nicht nur politischen Druck auf die Regierung ausüben konnten, sondern schließlich auch in der Lage waren, selbst Regierungsverantwortung zu übernehmen.

In der Sinologie führten diese Entwicklungen dazu, auch in China nach den politisch relevanten Funktionen von Vereinen, Klubs, Unternehmerverbänden und anderen Organisationen zu fragen. Die Untersuchungen

---

1 J. Habermas, *Strukturwandel der Öffentlichkeit: Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft*, Frankfurt a. M. 1995, S. 90.

2 Ebenda, S. 14.

3 Ebenda, S. 46; zur Frage, was „zivil“ ist an der Zivilgesellschaft, siehe H. Chamberlain, *On Search for Civil Society in China*, in: *Modern China*, Vol. 19, No. 2 (April 1993), S. 199-215.

4 M. K. Whyte, *Urban China: A Civil Society in the Making*, in: *State and Society in China: The Consequences of Reform*, hrsg. von A. L. Rosenberg, Boulder 1992, S. 78-79.

wurden historisch auf das späte 19. und frühe 20. Jahrhundert ausgedehnt.<sup>5</sup> Die Meinungen, ob man in China von einer Zivilgesellschaft sprechen kann, sind geteilt.<sup>6</sup> Besonders in Europa ist die Skepsis stark, ob ein Konzept, das lediglich eine idealtypische Annäherung an Entwicklungen in Europa darstellt, auf China übertragen werden kann. Habermas selbst wollte das Spezifische der europäischen Entwicklung darstellen, keine generelle Theorie der Modernisierung aufstellen. Auf einer grundlegenden Ebene ist zu fragen, ob wir überhaupt von einem Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft in China sprechen können, ohne mit dem Begriff Gesellschaft schon Strukturen und Funktionen aus dem eigenen Kulturkreis zu assoziieren, die das Untersuchungsergebnis vorbestimmen.<sup>7</sup> Die ganze Auseinandersetzung krankt aber vor allem an Unschärfe und an einer unklaren Verwendung der Begriffe. Nicht nur die sprachliche Distanz zwischen dem Deutschen und dem Chinesischen, sondern auch zwischen dem Deutschen und dem Englischen verstärken dieses Problem.<sup>8</sup> Insbesondere werden die Begriffe Zivilgesellschaft und bürgerliche Gesellschaft oft als beliebig austauschbar verwendet und selbst der Begriff Öffentlichkeit mit diesen beiden gleichgesetzt. Daß der Begriff „Zivilgesellschaft“ viel weiter zu fassen ist als „bürgerliche Gesellschaft“ wird besonders am Paradebeispiel der erfolgreichen Zivilgesellschaft in Osteuropa, der Solidarnosc in Polen, deutlich. Eine Arbeitergewerkschaft gehört selbstverständlich nicht zur bürgerlichen Gesellschaft im historischen Sinne. (Der Titel von Ha-

5 Die Arbeiten von M. B. Rankin, *Elite Activism and Political Transformation in China: Zhejiang Province, 1865–1911*, Stanford 1986 und W. T. Rowe, *Hankow: Conflict and Community in a Chinese City, 1796–1895*, Stanford 1989 untersuchten bereits vorher die Ausweitung der öffentlichen Sphäre im späten Kaiserreich. Ihre Ergebnisse wurden dann aber unter dem Einfluß von Habermas neu diskutiert.

6 Frühe Beiträge zur Debatte, die über Anzeichen einer Zivilgesellschaft in China sprechen sind L. R. Sullivan, „The Emergence of Civil Society in China, spring 1989“, in: *The Chinese People's Movement: Perspectives on Spring 1989*, hrsg. von T. Saich, Armonk 1989, S. 126-144; C. B. Ostergaard, „Citizens, Groups and a Nascent Civil Society in China: Towards an Understanding of the 1989 Student Demonstrations“, in: *China Information*, Vol. 4, No. 2 (Herbst 1989), S. 28-41; K. E. Brødsgaard, „Civil Society and Democratization in China“, in: *From Leninism to Freedom: The Challenges of Democratization*, hrsg. von M. L. Nugent, Boulder 1992, S. 231-257; B. L. McCormick u.a., „The 1989 Democracy Movement: A Review of the Prospects for Civil Society in China“, in: *Pacific Affairs*, Vol. 65, No. 2 (Sommer 1992), S. 182-202. Einen guten Einblick in verschiedene Positionen gibt die Zeitschrift *Modern China*, Vol. 19, No. 2 (April 1993) mit Beiträgen von Frederic Wakeman, William Rowe, Mary Rankin, Richard Madsen, Heath Chamberlain und Philip Huang.

7 Siehe hierzu P. Weber-Schäfer, „‘Staat’ und ‘Gesellschaft’ in China. Über die Anwendbarkeit sozialwissenschaftlicher Kategorien“, in: *China: Kultur, Politik, Wirtschaft*, hrsg. von P. Link, P. Limbigler u. W. Kubin, Tübingen 1976, S. 243-260.

8 Der zentrale Begriff „public“ ist nicht einmal im Englischen und im Amerikanischen bedeutungsgleich. So ist eine „public school“ in Amerika eine öffentliche Schule, während es in England eine Privatschule ist.

bermas wurde im Englischen auch korrekt mit *bourgeois society*, nicht mit *civil society* übersetzt.)<sup>9</sup> Entsprechend schwer tut man sich in China mit Übersetzungen. Die chinesischen Termini spiegeln die vielen Bedeutungsinhalte wider: *zichanjiem shehui* (Bourgeois-Gesellschaft), *shimin shehui* (Stadtbevölkerungs-Gesellschaft), *gongmin shehui* (Staatsbürger-Gesellschaft), *wenming shehui* (Zivilisations-Gesellschaft), *minjian shehui* (Volks-Gesellschaft).<sup>10</sup>

Für die Anwendung auf China sind diese Unterscheidungen wichtig. Hält man sich eng an Habermas, so fällt der Blick nur auf ganz bestimmte gesellschaftliche Gruppen. Gerade die öffentliche Diskussion über den Umgang mit China nach 1989 war stark von den europäischen Erfahrungen geprägt, die Habermas beschreibt. Das gängige Argument gegen einen Boykott oder eine politische Isolierung Chinas war, daß durch Wirtschaftsverbindungen in China eine Unternehmer- und Mittelschicht entstehen würde, die irgendwann auch politische Mitspracherechte einfordern und somit eine Demokratisierung einleiten würde. Als mögliche Träger der Demokratisierung werden hier also nur die neue Wirtschaftselite und die Intellektuellen betrachtet. Der Begriff Zivilgesellschaft führt eher dazu, den Blick auch auf andere Gruppen zu werfen.

In diesem Artikel soll aber keine Begriffsklärung stattfinden. Meines Erachtens ist die Frage, ob es in China eine Zivilgesellschaft gibt, zu eng gefaßt. Vielmehr müssen wir an den Ursprung der Diskussion zurückkehren und sie unter Fragestellungen neu aufrollen, die das Ergebnis nicht von vornherein durch kulturell geprägte Begriffe vorwegnimmt. Der Ausgangspunkt der Diskussion ist eine stark normativ aufgeladene Frage. Gibt es in China organisierte Gruppen, die die soziale Voraussetzung für eine Demokratisierung bilden? Diese Frage muß aufgespalten und offener formuliert werden.

1. Welche Arten von sozialen Organisationen gibt es in China? Was sind ihre Funktionen? Inwieweit sind sie autonom? In welchem Maß haben sie die Möglichkeit zur Lebensgestaltung und zur politischen Partizipation, und wie ist ihr Verhältnis zum Staat?
2. Von welchen Kräften ist möglicherweise eine Forderung nach politischer Partizipation oder nach einer Demokratisierung Chinas zu erwarten?

---

9 Als 1989 die englische Übersetzung von Marie-Claire Bergères Buch über die Bourgeoisie der Republikzeit erschien (*The Golden Age of the Chinese Bourgeoisie, 1917–1938*, Cambridge 1989), wurde der Ausdruck „*société civile*“ mit „*autonomous society*“ übersetzt, weil der Herausgeber davon ausging, daß die amerikanischen Leser den Ausdruck *civil society* nicht verstehen würden. Siehe M. C. Bergère, *Civil Society and Urban Change in Republican China*, in: *The China Quarterly*, No. 150 (Juni 1997), S. 321.

10 Das Konzept wurde in China nur vereinzelt aufgegriffen. Von im Exil lebenden Dissidenten wurde es etwas intensiver diskutiert; siehe hierzu Ma Shu-yun, *The Chinese Discourse on Civil Society*, in: *The China Quarterly*, No. 137 (März 1994), S. 180–193.

## 2. Selbstverwaltung in China vor 1949

Möglichkeiten für autonome Lebensgestaltung und Partizipation an gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen für bestimmte Formen der Organisation gab es im späten Kaiserreich in hohem Maße. Dies lag daran, daß der chinesische Beamtenstaat gegen Ende des 19. Jahrhunderts, als China bereits um die 400 Mio. Einwohner hatte, nur über 28.000 Staatsbeamte verfügte. Viele Aspekte von gesellschaftlicher Relevanz, viele Aufgaben, die wir heute Staatsorganen zuschreiben, konnten damals nur durch außerstaatliche Initiative geleistet werden. Die Organe der Selbstverwaltung auf dem Dorf in der Kaiserzeit waren die Clanorganisation und die Dorfverwaltung; in der Stadt übernahmen Gilden wichtige Aufgaben.

Die Clanorganisation war vor allem in Südcina ausgeprägt. Einen funktionierenden Clan gab es aber nur dort, wo gemeinsamer Besitz vorhanden war. Clanzusammengehörigkeit war auch von der Existenz von Mitgliedern der Bildungselite abhängig. Wichtige Aktivitäten der Clanorganisation waren die Durchführung von Ahnenritualen, Hilfe bei der Erziehung von Clanmitgliedern und Unterstützung von Witwen, Waisen und Armen der Familie. Clans waren in sich hierarchische Gebilde. Die Führungspositionen wurden durch die Genealogie, also Seniorität in der Hauptabstammungslinie, aber auch durch Bildung oder Beamtenrang und durch Reichtum bestimmt. Die besondere Bedeutung der Bildungselite für den Clan zeigt, daß funktionierende große Clanorganisationen eher Nähe zum Staat hatten, weil die Bildung, die Voraussetzung für Staatsamt und Rang innerhalb des Clans war, eine staatstragende Ideologie war. Der Staat benutzte Clans auch als Element der staatlichen Kontrolle. Die Clanorganisation konnte auch kaum je zu einer Bedrohung für den Staat werden, weil die Clangröße notwendig begrenzt und Zusammenarbeit mit anderen Clans selten war.<sup>11</sup>

Wo ein Dorf nicht ganz von einem Clan beherrscht war, gab es eine Dorfverwaltung, die öffentliche Aufgaben wie Bau von Bewässerungsanlagen und Straßen, teilweise auch Erziehung und Polizeifunktionen regelte, Dorftempel baute und Armenfürsorge übernahm. Die Selbstverwaltung war also in der Kaiserzeit recht ausgeprägt, aber es gab fast keine Zusammenarbeit zwischen Dörfern. Eine Ausnahme bilden größere Bewässerungsbauten, die in Absprache zwischen Verwaltungsbeamten und der dörflichen Elite organisiert wurden.

Einige Autoren sind daher der Ansicht, daß die Dörfer „perfect freedom of industry and trade, of religion, and of everything that concerns the go-

---

<sup>11</sup> Zu sozialen Funktionen des Clans siehe Hsiao Kung-chuan, *Rural China: Imperial Control in the Nineteenth Century*, Seattle 1960, S. 323-370; Hui-chen Wang Liu, *The Traditional Chinese Clan Rules*, Locust Valley 1959.

vernment, regulation, and protection of the locality“ hatten.<sup>12</sup> Die Dorfversammlungen werden auch mit den amerikanischen Stadtversammlungen verglichen.<sup>13</sup> Dabei wird nicht berücksichtigt, daß es keine rechtliche Absicherung gegen Eingriffe des Staates in dörfliche Angelegenheiten gab. Der Staat überließ der Selbstverwaltung Aufgaben, die er aufgrund fehlenden Personals nicht selbst durchführen konnte. Es gab aber keinen Bereich, der rechtlich der Dorfverwaltung vorbehalten blieb. Der Kreismagistrat konnte sich in alle Angelegenheiten einmischen. Von daher war das Verhältnis der Selbstverwaltung zum Staat ein ganz anderes als das der freien Stadt in Europa.

Wichtig ist auch, daß nur die Lokalelite, also die Bildungsschicht, als Vermittler zwischen Staat und Dorf auftreten konnte. Die Lokalelite und die Beamten waren aber insofern Teil derselben Gruppe, weil beide ihren Status dem Bildungs- und Prüfungssystem und somit demselben Wertesystem verdankten. Viele Personen gehörten tatsächlich beiden Gruppen an: sie waren Beamte als öffentliche Personen und Lokalelite als Privatpersonen an ihren Heimatort (in dem sie keine Beamtenposition einnehmen durften). Dies ist ein anderes Oppositionsverhältnis als das des Bürgertums in Europa, das zunächst außerhalb der Staatsmacht stand und Beteiligung daran erst erkämpfen mußte. Reiche Händler, die man wohl als erste mit der Bourgeoisie im Westen vergleichen möchte, hatten kaum direkte Zugangs- und Einflußmöglichkeiten auf politische Entscheidungen. Sie waren fast bis zum Ende der Kaiserzeit von sozialen Aufgaben wie der Leitung von öffentlichen Arbeiten ausgeschlossen. Sie bemühten sich auch eher um individuelle Kontakte zur Beamtenschaft als um eine solidarische Organisation, die als Interessenvertretung hätte auftreten können.<sup>14</sup>

In den Städten übernahmen Gilden Aufgaben der Stadtverwaltung. Zu den Berufsgilden kamen noch Landsmannschaften hinzu, in denen sich Händler nach Herkunftsort organisierten. Sie fühlten sich im allgemeinen lediglich ihren Mitgliedern und Wohnvierteln gegenüber verantwortlich. Sie vertraten auch gegenüber der staatlichen Verwaltung die Interessen ihrer Einzelgilde, nicht die der Händler oder Handwerker als Klasse. Wie die Lokalelite auf dem Lande bemühten sich die Gilden eher um konstruktive Zusammenarbeit mit der Verwaltung als um eine verbindliche rechtliche Regelung der gegenseitigen Ansprüche. So versuchten sie auch, sich

---

12 Y. K. Leong, L. K. Tao, *Village and Town Life in China*, London 1915, S. 5 (dies gilt als die erste soziologische Darstellung des chinesischen Dorflebens von chinesischen Autoren), zitiert nach Hsiao Kung-chuan (Anm. 11), S. 262.

13 H. B. Morse; siehe Hsiao Kung-chuan (Anm. 11), S. 262.

14 Zur Dorfverwaltung siehe ebenda, S. 261-322; Ch'ü Tung-tsu, *Local Government in China under the Ch'ing*, Stanford 1962.

bei der Verwaltung registrieren zu lassen, aber es gab kein kodifiziertes Recht für die Gilden.<sup>15</sup>

Schon Max Weber schrieb, daß aus den Gilden und Verbänden in den chinesischen Städte keine ständischen Gemeinschaften entstanden waren und daß in den Städten auch keine wirkliche Selbstverwaltung geherrscht hatte. In jüngster Zeit hat William Rowe versucht, dies zu widerlegen. Aber seine Beschreibung einer einzigen Stadt über einen Zeitraum weniger Jahrzehnte, die noch dazu keinesfalls als repräsentativ gelten kann, ist hierfür eine zu dünne Grundlage. Auch er schreibt, daß die Selbstverwaltung nicht rechtlich abgesichert war und der Staat lediglich aus personellen und finanziellen Gründen Aufgaben an soziale Träger übertrug.<sup>16</sup>

Im ausgehenden 19. Jahrhundert nahm die Rolle der Gilden und Landsmannschaften in einigen Städten stark zu, weil der Staat durch mehrere Aufstände und Kriege stark geschwächt war. Der Nationalismus und die Unfähigkeit der Qing-Regierung, China gegen den Imperialismus zu schützen, führten schließlich dazu, daß die außerstaatlichen Eliten ihre Handlungen und Forderungen als im Interesse des ganzen Volkes liegend sahen. Hinzu kam, daß durch die Veränderung des Wirtschaftslebens infolge des Aufbaus einer Industrie und des verstärkten Außenhandels ein Bereich neuer Aktivitäten für lokale Eliten entstand. Besonders nach 1895 fanden öffentliche Aktivitäten der Eliten nicht mehr vornehmlich wie bisher im Bereich der Wohlfahrt und der traditionellen Erziehung statt, sondern im Bereich der Industrie- und Handelsinstitutionen und der westlichen Schulen. Mary Rankin spricht im Zusammenhang mit der Ausweitung der Tätigkeiten der lokalen Eliten von der Ausdehnung der „public sphere“.<sup>17</sup> Wichtige Hilfe lieferte dabei – wie in Europa – die Presse. Die Eliten, die zunehmend soziale Aufgaben wahrnahmen, waren frustriert über mangelnden politischen Einfluß und forderten daher politische Reformen. Es entwickelte sich eine oppositionelle öffentliche Meinung.

Ein Beispiel für das neue Bewußtsein, das in dieser Zeit entstand, sind die Eisenbahngesellschaften: Die neu gegründeten Bahngesellschaften sahen sich als autonom organisierte, am öffentlichen Interesse orientierte Unternehmen. Als der Kaiserhof einen Vertrag mit England über den Bau einer Eisenbahnlinie abschloß, brachte es die Bahngesellschaften in offene Opposition zum Staat, die nicht nur ihre finanziellen Interessen, sondern auch das nationale Interesse verraten sahen.<sup>18</sup> Die Ausweitung gesellschaftlich relevanter Aktivitäten auf lokaler Ebene wurde aber überwiegend als Teil der Stärkung des Staates von unten gesehen. Über einen

---

15 W. T. Rowe (Anm. 5), S. 256; H. B. Morse, *The Gilds of China: With an Account of the Gild Merchant or Co-Hong of Canton*, London 1933, S. 24-25.

16 W. T. Rowe (Anm. 5), S. 38.

17 M. B. Rankin (Anm. 5), S. 27.

18 Ebenda, S. 263-268.

wichtigen Aktivisten aus Zhejiang schreibt Mary Rankin: „[Sun Yirang] showed no tendency to divide or limit governmental powers or to carve out specific spheres of autonomous activity – even when he proposed institutions that had been used for such purposes in some Western countries. Instead, he turned the flow of authority upside down and used the Rites of Zhou to justify social mobilization.“<sup>19</sup>

Eine Institutionalisierung der Forderungen nach politischen Reformen und Mitbestimmung fand schließlich im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts durch die Errichtung der lokalen Volksversammlungen und der Provinzversammlungen statt. Der Grad der Zusammenarbeit verschiedener Organisationen blieb aber gering. Nur in extremen Krisensituationen wie der Revolution von 1911 kam es in Städten wie Hankou vorübergehend zu einer übergreifenden Organisation der Gilden. „... [T]his represented an almost complete assumption of governmental powers by a confederation of private commercial groups that had become responsive to and responsible for the wider urban community ... Their collective action at this time of dynastic collapse revealed them as the true repository, at least for the moment, of legitimate governmental authority in Hankou.“<sup>20</sup>

Der Konkurrenzkampf zwischen Staatsorganen und privaten Organisationen um die Gestaltung eines öffentlichen Bereiches nahm also deutlich zu, führte aber nicht zu formaler Autonomie mit abgegrenzten Rechten dieser Organisationen. „Just as the late imperial state was not completely autonomous in its relation to society, public management was not as independent of the central bureaucracy as is local civic activity in pluralistic Western societies.“<sup>21</sup>

Die frühe Republikzeit wurde auch als „goldenes Zeitalter der chinesischen Bourgeoisie“ bezeichnet (Marie-Claire Bergère). Es entstand eine chinesische Unternehmerschicht, die sich in wichtigen Küstenstädten in Handelskammern organisierte. Es gab Parteien, Wahlen, eine relativ freie Presse und zahlreiche Organisationen, die sich um soziale Belange kümmerten sowie um Beeinflussung der öffentlichen Meinung bemühten. Ein Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft läßt sich aber für die Zeit von 1917 bis 1927 kaum bestimmen, weil die politische Macht so stark aufgesplittert war, daß man kaum von einem Staat sprechen kann. Die Machtübernahme der Guomindang im Jahre 1928 führte dann dazu, daß alle Organisationen wieder unter Kontrolle des Staates kamen, in dem sie registriert und nach Vorgaben des Staates neu strukturiert werden mußten.<sup>22</sup> Boykotte, Demonstrationen und die Ausweitung des Lesepublikums durch neue Zeitschriften und die Einführung der Umgangssprache als Schrift-

---

19 Ebenda, S. 188.

20 W. T. Rowe (Anm. 5), S. 334.

21 M. B. Rankin (Anm. 5), S. 18.

22 M. C. Bergère (Anm. 9), S. 327.



sprache können als Ausweitung der Öffentlichkeit interpretiert werden. Als Grundlage von Organisationen dienten aber weiterhin vorrangig Beruf, Herkunft oder Nachbarschaft, nicht politische Überzeugungen oder Klassenbewußtsein. Einige Autoren sind daher der Meinung, daß die Existenz so zahlreicher sozialer Organisationen die Fragmentierung der Gesellschaft erhöhte und nicht geeignet war, ein Gegengewicht gegen die Regierung zu bilden.<sup>23</sup>

### 3. Soziale Organisationen in der Volksrepublik

Mit der Gründung der Volksrepublik war eine ganz neue Situation geschaffen, weil zum ersten Mal der Staatsapparat alle Bereiche des Lebens kontrollieren konnte und weder auf außerstaatliche Initiative angewiesen war wie die Selbstverwaltung der Kaiserzeit noch autonome Organisationen zuließ. Politische Opposition konnte erfolgreich verhindert werden. Politisch motivierte Opposition nahm unpolitische Formen wie den Bummelstreik an oder schürte gewaltsame Aktivitäten gegen lokale Beamte. Oppositionelle Öffentlichkeit war mit Ausnahme weniger kurzer Phasen nicht möglich. Aber ein wesentliches Element der bürgerlichen Gesellschaft, wie Habermas sie darstellt, gilt auch in der Volksrepublik, daß nämlich politische Entscheidungen sich auf öffentliche Meinung und allgemeine Anerkennung ihrer Begründung stützen sollen.<sup>24</sup> In China wird diese öffentliche Meinung und Anerkennung aber vom Staat und durch Propaganda geschaffen, nicht durch einen freien Diskurs. Partizipation war daher bis 1978 nur als mobilisierte Partizipation, also als von Staat und Partei organisierte Meinungsäußerungen in Form von Massenbewegungen möglich.

Durch die Auflösung der Volkskommunen und die teilweise Auflösung der Danweis, die wesentlich für die Ausdehnung der Kontrolle des Staates bis in die Familien- und Privatsphäre zuständig waren, wurde ab den achtziger Jahren die beständige Mobilisierung der Bevölkerung stark eingeschränkt, und der Freiraum der Gestaltung des Privatlebens nahm deutlich zu. Diese Freiräume wurden auch zur Gründung zahlreicher neuer Organisationen wie Berufsverbänden, literarischen Klubs, Religionsgemeinschaften, Wushu- und anderen Vereinen genutzt. Auf dem Land blühte die Clanorganisation wieder auf. Allein bis Mitte der neunziger Jahre waren über 1800 Verbände auf nationaler Ebene und über 200.000 Vereine auf Provinz- und Kreisebene gemeldet.<sup>25</sup> Einige Autoren sprechen daher von einem Wiederaufleben einer chinesischen Zivilgesellschaft. Die neuesten

23 F. Wakeman, Yeh Wen-hsin (Hrsg.), Shanghai Sojourners, Berkeley 1992, S. 5.

24 Vgl. auch Hegel: „Das Prinzip der modernen Welt fordert, daß, was jeder anerkennen soll, sich ihm als ein berechtigtes zeige.“ Zitiert nach Habermas (Anm. 1), S. 195.

25 Ch. Hellweg, Staat und Wirtschaftsverbände in der VR China, in: China Aktuell, Januar 1997, S. 51.

Arbeiten kommen aber überwiegend zu dem Schluß, daß eine Autonomie dieser Verbände, die das Wesen der westlichen Zivilgesellschaft ausmacht, nicht gegeben ist. Alle Vereine unterliegen staatlicher Kontrolle; viele wurden vom Staat selbst gegründet – besonders die Wirtschaftsverbände –, um wie in der Kaiserzeit zunehmend komplexe Verwaltungsaufgaben an soziale Träger abzugeben, ohne jedoch die Kontrolle über sie aufzugeben. Dafür erhalten sie ein gewisses Vertretungsmonopol.<sup>26</sup> Gerade die große Zahl kleiner Privatunternehmen soll durch die Eingliederung in Verbände den Weisungen des Staates zugänglich gemacht werden. Da sie jedoch auch Dienstleistungen anbieten, handeln sie vielfach durchaus im Interesse der Unternehmer. Neuere Arbeiten kommen deshalb immer mehr überein, daß in China nicht von einer Zivilgesellschaft, sondern von einem korporatistischen System die Rede sein muß.<sup>27</sup> Wichtig ist, daß die Regierung selbst an einer kontrollierten Zunahme der Autonomie der Wirtschaft interessiert war, um einerseits die Effizienz zu steigern und andererseits zu verhindern, daß neue Freiräume für oppositionelle Tätigkeiten genutzt werden. Obgleich diese neuen Organisationen also keine unabhängigen Organe mit rechtlich abgesicherter Interessenvertretung für ihre Mitglieder sind, bieten sie dennoch die Möglichkeit, in Verhandlungen mit dem Staat einzutreten. Insofern es sich um wirtschaftliche Belange handelt, ist der Staat auch an der Artikulation der Interessen und Wünsche der neuen Wirtschaftselite interessiert. Der Gedanke, der im Konzept der Zivilgesellschaft oft mitschwingt, daß Reformen von der Gesellschaft gegen einen reformfeindlichen Staat durchgesetzt werden müssen, trifft in China in bezug auf die Wirtschaft ohnehin nicht zu. Es wurden in den letzten 20 Jahren mehr Provinzgouverneure entlassen, die nicht reformfreudig genug waren, als solche, die zu weit gingen. Das korporatistische System von Organisationen als Transmissionsriemen zwischen Staat und Gesellschaft wird ergänzt und überlagert durch persönliche Beziehungsnetze. Um ihre Interessen durchzusetzen, versuchen die Wirtschaftshandelnden persönliche Bindungen mit amtlichen Stellungen herzustellen. Die grassierende Kor-

26 Es kann also auf einer Verwaltungseinheit beispielsweise nicht mehrere Unternehmerverbände geben.

27 Als klassische Definition des Korporatismus gilt: „Corporatism can be defined as a system of interest representation in which the constituent units are organized into a limited number of singular, compulsory, noncompetitive, hierarchically ordered and functionally differentiated categories, recognized or licensed (if not created) by the state and granted a deliberate representational monopoly within their respective categories in exchange for observing certain controls on their selection of leaders and articulation of demands and supports.“ Ph. Schmitter, zit. nach M. Pearson, *China's New Business Elite: The Political Consequences of Economic Reform*, Berkeley 1997, S. 36. Siehe zu diesem Standpunkt auch G. White, J. Howell u. Shang Xiaoyuan, *In Search of Civil Society: Market Reform and Social Change in Contemporary China*, Oxford 1996; Ch. Hellweg (Anm. 25); M. B. Frolic, *State-led Civil Society*, in: *Civil Society in China*, Hrsg. von T. Brook und B. M. Frolic, Armonk 1997, S. 46-67.

ruption verläuft daher unter anderem frei nach dem Motto: „Kleine (besser noch große) Geschenke erhalten die Freundschaft“. Die Verbände dienen auch dem Anknüpfen solcher Verbindungen. Umgekehrt bemüht sich auch der Staat darum, die neue Elite zu kooptieren, indem er etwa besonders erfolgreiche Unternehmer zu Repräsentanten im Nationalen Volkskongreß oder der Politischen Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes ernannt.

#### 4. Zum Verhältnis von Autonomie und Partizipation

Da das Konzept der Zivilgesellschaft von einer autonomen Sphäre gesellschaftlichen Handelns ausgeht, wurde der Frage der Unabhängigkeit der neueren Organisationen viel Aufmerksamkeit geschenkt. Da sich nun gezeigt hat, daß in China der Grad der Verflechtung mit dem Staat viel größer war und ist als in Europa, ist zu fragen, ob daraus folgt, daß somit die soziale Basis für eine Demokratisierung (noch) nicht gegeben ist. Hierzu ist zunächst zu sagen, daß die in der westlichen Presse wie eine magische Formel wiederholte Behauptung, freie Wirtschaft führe notwendig zur Forderung nach Autonomie und in der Folge Demokratisierung, auf dünnem Eis steht. Sie übersieht, daß ein großer Teil der neuen Wirtschaftselite ihren Reichtum den persönlichen Verbindungen zu politischen Entscheidungsträgern verdanken. Die hohe Anzahl von Kindern von hohen Kadern unter den Neureichen ist dafür nur das herausragendste Beispiel. Da gute Beziehungen für viele die Grundlage des Erfolges sind, ist die Ablösung der herrschenden Kreise keineswegs notwendig im Interesse der Unternehmer. Es ist auch fragwürdig, ob ein Shanghaier Bauunternehmer, der seinen Aufstieg persönlichen Beziehungen verdankt und der in den Unternehmerverbänden Einfluß auf wirtschaftliche Entscheidungen der Stadtregierung nehmen kann, sein Interesse besser dadurch vertreten sehen sollte, daß etwa Wanderarbeiter aus dem Binnenland oder die Bauern in Sichuan wählen können. Hier sind zusätzliche Untersuchungen nötig, um zu überprüfen, ob man für die Schicht der neuen Elite von einer zunehmenden Partizipation ohne Demokratisierung sprechen kann.<sup>28</sup> Die Frage, inwieweit diese Schicht auf Autonomie drängen wird, hängt nämlich davon ab, in welchem Maße sie das Gefühl hat, durch persönliche Beziehungen und Lobbyismus Entscheidungen bereits beeinflussen zu können.<sup>29</sup> In Krisenzeiten können sich die Verhältnisse aber schnell ändern, wenn die Beamten nicht mehr in der Lage sind, etwas für ihre „Klienten“ zu tun.

28 Der Ausdruck „consultative authoritarianism“ von Harry Harding deutet in diese Richtung; siehe H. Harding, *Political Development in Post-Mao China*, in: *Modernizing China: Post-Mao Reform and Development*, hrsg. von A. D. Barnett u. R. N. Clough, Boulder 1986, S. 13-37.

29 Siehe hierzu auch S. Heilmann, *Das politische System der VR China im Wandel*, Hamburg 1997, S. 98.

Die einseitige Diskussion um die Autonomie der Vereine führt aber vor allem dazu, daß das Reformpotential nicht-autonomer Vereine überschern wird. Eine organisatorische Grundlage für politische Opposition, Partizipation und öffentliche Meinungsbildung könnte sich durchaus auch in den von Staat und Partei zur Kontrolle der Bevölkerung gegründeten Organisationen wie staatlichen Gewerkschaften und Danweis finden. Die Bewegung von 1989 hat gezeigt, daß es keine ideologische Einheit innerhalb der Partei gibt und daß im Fall eines Führungskonfliktes in der Parteispitze die Kontrolle über diese Organisationen verloren gehen kann. Die staatliche Gewerkschaft etwa unterstützte die Studenten 1989 finanziell; Arbeiter haben nicht nur als Individuen, sondern auch von ihrer Danwei aus organisiert an Demonstrationen teilgenommen. Die Reporter marschierten nicht einfach unter Bannern, die Pressefreiheit forderten, sondern immer auch geschlossen unter Bannern, die ihre Zeitschrift und somit ihre Arbeitseinheit nannten. Da die Ideologie des Marxismus-Leninismus und die Ideen Mao Zedongs nicht mehr einheitsstiftend sind und die beständige Mobilisierung der Bevölkerung aufgegeben wurde, könnten unter den entsprechenden äußeren Umständen diese Organe möglicherweise zur organisatorischen Grundlage politischer Opposition werden.

Das größte Hindernis für die Entstehung eines Gegengewichtes zur KP liegt wohl in der mangelnden organisatorischen Verbindung zwischen verschiedenen Vereinen. Dieser Punkt wurde in der Diskussion lange vernachlässigt und rückt erst in jüngster Zeit stärker ins Bewußtsein. Die Existenz vieler Organisationen – auch wenn sie autonom wären – bedeutet eben noch nicht, daß es *eine* Zivilgesellschaft gibt. Dazu muß es ein einigendes Band geben. Dies war jedoch weder in der Republikzeit noch heute gegeben. Die Verbindung für eine Idee oder ein Programm, Loyalitäten, die über die enge Organisation von Beruf, Herkunftsort oder Arbeitsstelle hinausgehen, sind äußerst selten. Daß dies nicht nur der Fall ist, weil die KP es zu verhindern weiß, wird dadurch belegt, daß auch die beiden wichtigsten Exilorganisationen von Dissidenten, die jeweils nach den Demokratiebewegungen von 1979 und 1989 im Ausland gegründet wurden, sich nicht zusammenschließen konnten, obwohl beide 1993 die Absicht dazu bekundeten.

Die neuen Freiräume, die die Reformen mit sich brachten, führten außerdem zu einem verstärkten Regionalismus, der sich auch fernab der Heimat zeigt. Untersuchungen über Migration zeigen, daß an vielen Orten bestimmte Tätigkeiten vornehmlich von Personen aus bestimmten Gebieten ausgeführt werden und daß Baustellen oft fast ausschließlich mit Arbeitern aus einer Provinz besetzt sind. Dies hängt eng mit der Bedeutung persönlicher Netzwerke zusammen und steht einer Entstehung einer gemeinsamen Opposition entgegen. Solange aber mit den Freiräumen auch die

Fragmentierung wächst, ist Demokratisierung von unten bestenfalls ein sehr langwieriger Prozeß.

### 5. Welche Einsichten hat die Debatte über die Zivilgesellschaft gebracht?

Die Debatte über eine Zivilgesellschaft in China hat sicher den Blick auf Personengruppen gelenkt, denen die Forschung vorher weniger Aufmerksamkeit schenkte. Bestimmte Phänomene und Kräfte hat sie aber eher verdeckt. Sie hat gezeigt, daß von der Entstehung einer autonomen Sphäre gesellschaftlichen Handelns, die zur Entstehung einer organisierten politischen Opposition führt, bisher nicht die Rede sein kann. Das Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft in China wird eher geprägt von Korporatismus und persönlichen Netzwerken. Die chinesische Gesellschaft gleicht dem S-Bahn-System europäischer Großstädte. Sternförmig gehen alle Kommunikationslinien ins Zentrum; Querverbindungen sind auch zwischen nahegelegenen Gemeinschaften selten.

Diese Gegenüberstellung zwischen China und dem Westen entspricht weitgehend den Ergebnissen der Kulturvergleiche, die in China bereits in der Republikzeit angestellt wurden. Schon Sun Yat-sen (1866–1925), der „Vater der Republik“ und Begründer der Guomindang, verglich China mit einer Schale losen Sandes, weil es zwischen den Dörfern und Städten kein einigendes Band gab. Zahlreiche Autoren dieser Zeit sahen den zentralen Grund für die Stärke des Westens und die Schwäche Chinas in der Tatsache begründet, daß der Westen über solide Organisationen verfügte, während sie den Chinesen die Fähigkeit zur Zusammenarbeit absprachen und den Mangel an Verantwortungsgefühl gegenüber der Öffentlichkeit bedauerten. Das organisierte Gruppenleben – vom Verein bis zum Staat –, der Individualismus und die Betonung der Rechte des Einzelnen wurden als untrennbar verbundene Elemente der neuzeitlichen westlichen Kultur gesehen.<sup>30</sup> Chinas bekanntester Soziologe, Fei Xiaotong, veröffentlichte 1948 eine idealtypische Charakterisierung der chinesischen Gesellschaft, die den grundlegenden Unterschied zwischen dem Westen und China in diesen Prinzipien der gesellschaftlichen Organisation sah. Im Gegensatz zur Sozialstruktur im Westen, die auf Vereinen und Gruppen mit klaren Grenzen basiere, werde die chinesische Gesellschaft durch unzählige hierarchische, in ihrer Ausdehnung offene, persönliche Netzwerke geprägt.<sup>31</sup> Die Debatte über die Zivilgesellschaft legt somit die Vermutung nahe, daß die unterschiedlichen politischen Strukturen nicht nur auf Unterschiede des Systems, sondern auch auf tieferliegende kulturelle Differenzen zurückzuführen

30 Siehe hierzu besonders Liang Shuming, *Zhongguo wenhua yaoyi* (Die Essenz der chinesischen Kultur), in: Liang Shuming *quanji* (Die gesammelten Schriften von Liang Shuming), Bd. 3, Jinan 1990, S. 49–82 u. S. 240–256.

31 Fei Xiaotong, *From the Soil: The Foundations of Chinese Society*, Oxford 1992.

ren sind. Die gesellschaftlichen Verhältnisse ergeben sich aus dem Überlagern rationalen Handelns in gegebenen (aber sich wandelnden) Strukturen und tiefer sitzenden kulturellen Mustern, die den Personen Entscheidungshilfen geben, wie sie sich in bestimmten Situationen zu verhalten haben. Diese Überlagerung macht die beiden extremen Alternativen unwahrscheinlich:

1. daß die Chinesen einfach dem westlichen Weg folgen, weil sie im Prozeß einer universellen Modernisierung vor ähnlichen Situationen stehen, und
2. daß die Entwicklung in China durch kulturelle Faktoren so weitgehend determiniert ist, daß sie in keinem Fall mit der westlichen verglichen werden kann.

Daß trotz der Gendarstellung in diesem Aufsatz die Entstehung regional- und berufsübergreifender Organisationen, die eine politische Opposition darstellen und schließlich auch die Macht ergreifen können, auch in China möglich ist, wird schließlich durch die Guomindang und die KP Chinas anschaulich bewiesen.

Im Ergebnis kann man sagen, daß die Debatte über die Zivilgesellschaft vor allem eine Bestätigung älterer chinesischer Analysen in neuen Worten geliefert hat. Die Neuformulierung in einer dem westlichen Leser bekannten Terminologie erleichtert sicher das Verständnis für die mit der chinesischen Kultur wenig Vertrauten. Aber als Sinologe muß man sich fragen lassen, ob Theoriebildungen von Seiten chinesischer Wissenschaftler nicht zu sehr vernachlässigt werden.

## 6. Ausblick: Wer folgt wem?

Die Debatte ging von der Frage aus, ob China in den Fußstapfen Europas wandelt; hier wäre ohnehin zu fragen, in wessen Fußstapfen, weist doch Habermas schon darauf hin, daß die Entwicklung in Europa recht unterschiedlich verlief und es zum Beispiel in Deutschland zu einer längeren Phase der Bildung eines Rechtsstaates ohne Demokratisierung kam, eine Entwicklung, die auch in China denkbar wäre. Es reicht aber nicht, diese Vermutung zu verneinen. Wir müssen noch einen Schritt weitergehen und uns fragen, ob wir in China nicht in einigen Punkten soziale Strukturen erkennen, die uns noch bevorstehen. Mit der europäischen Einigung entsteht ein Gebilde, in dem lokale Beziehungen zumindest auf absehbare Zeit stärker sein werden als überregionale Interessenkongruenz von Arbeitern und anderen gesellschaftlichen Gruppen. Auch die Versuche der politischen Einflußnahme werden andere sein. Arbeiter in Portugal und Schweden, Akademiker in Deutschland und Griechenland werden nicht notwendigerweise oder nicht so bald Gemeinsamkeiten ihrer Interessen erkennen und als Einheit auftreten. In einem politisch vereinten Europa ist die Existenz einer überregionalen Gemeinschaft autonomer Verbände, die

eine Kontrolle der Regierung und eine durch Öffentlichkeit bestimmte Partizipation ausübt, unwahrscheinlich. Man kann das als einen Verfall der Zivilgesellschaft, aber auch als Rückkehr zur ursprünglichen bürgerlichen Gesellschaft interpretieren, weil nur international agierende Konzerne und Wirtschaftsverbände ein gemeinsames Interesse gegenüber einer europäischen Regierung vertreten werden. Andere Gruppen werden versuchen, ihre Interessen durch Lobbyismus bei ihren Landesregierungen (jede Provinz in China entspricht ja in Größe und Bevölkerung ungefähr einem europäischen Staat) durchzusetzen. Der Erhalt demokratischer Verfahren verdeckt hier, daß es zu einem deutlichen Wandel von Öffentlichkeit, Kontrolle und Partizipationsformen kommen wird. Wenn man diese Probleme für Europa erkennt, wird vielleicht deutlicher, daß die Entwicklung einer Zivilgesellschaft kein universeller Selbstläufer der Modernisierung ist.